



# Gastbeitrag

## Klaus Kaiser (Hannover)

Anmerkungen zu Keupers kritischem Kommentar 11-01-2016

**„Deutschland geht es so gut wie nie zuvor.“**

Tut es das wirklich und wird verstanden, wie weit wir uns inzwischen von einigen Bevölkerungsgruppen entfernt haben?

Gibt uns das Wahlergebnis in den USA zu denken? Es muss es tun, denn diese Grundstimmung ist auch bei uns sehr verbreitet, nicht umsonst freut sich die AfD und der Front National über das Ergebnis.

Allerdings lässt mich die gegenwärtige Diskussion um das Rentenniveau und das offensichtliche Festhalten an den gegenwärtigen Modellen mit dem Willen nur geringfügige Änderungen vorzunehmen zweifeln, ob wir die Situation auch in Deutschland richtig einschätzen.

Auszüge aus einem Brief von Andrea Nahles vom 10.Mai 2016 an die Gruppe Rentenpolitik-Watch im DGB Schleswig-Holstein:

*„Anders als in der Vergangenheit ist Altersarmut in Deutschland heute noch eher ein Randphänomen. Wer im Alter bedürftig ist, wird von der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufgefangen. Aktuell sind nur rund drei Prozent der Älteren auf Grundsicherung angewiesen . . . .*

*Es ist und bleibt richtig, privat vorzusorgen. Je früher man damit beginnt, umso besser. Wir werden darauf achten, dass diejenigen, die vorsorgen, dafür auch belohnt werden und in jedem Fall garantieren, dass alle Riester-Sparer, 16 Millionen sind es bereits heute, ihr Geld ausgezahlt bekommen. Auch für die staatlichen Zulagen gibt es Vertrauensschutz, die zahlt der Staat weiterhin. Unabhängig davon, wie es weitergeht, gilt: wer eine Riester-Rente abgeschlossen hat, hat alles richtiggemacht. Er steigert damit sein Rentenniveau.*

*Allerdings haben 42 Prozent der Menschen, die nur bis zu 1.500 Euro pro Monat verdienen, heute weder eine Riester-Rente, noch eine Betriebsrente. Gerade diese Geringverdiener müssen aber besonders dringend fürs Alter vorsorgen, damit sie später nicht in Armut rutschen. Wir müssen also neue Maßnahmen ergreifen, um die kapitalgedeckte Altersvorsorge zu verbreitern und attraktiver zu machen.“*

Warum haben so wenige die unter 1500 Euro verdienen eine Zusatzversorgung? Nicht, weil die Anreize fehlen, sondern weil sie sich die Kosten nicht leisten können! Sie brau-

chen jeden Euro zum Leben und sie können rechnen. Sie erwartet im Alter eine Rente die unter den Sozialhilfeniveau liegen wird und dann werden ihnen die zusätzlichen Einkünfte aus den Riesterverträgen oder der betrieblichen Altersversorgung auch noch angerechnet als Einkommen. Sie gewinnen also mit der unter Verzicht mühsam erarbeiteten privaten Vorsorge nichts.

Warum nehmen wir uns nicht das Papier der

*Parlamentarische Linke in der SPD Bundestagsfraktion: [www.parlamentarische-linke.de](http://www.parlamentarische-linke.de) :  
„Gute und zukunftsfeste Renten solidarisch sichern! Ein erster Impuls für die Rentendebatte der SPD“,*

vor und stellen dabei fest, dass dieses Papier, unseren in der AG60plus seit vielen Jahren gestellten Forderungen entspricht.

*„Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard sichern. Eine weitere Absenkung des Rentenniveaus müssen wir verhindern.*

*Mit einer Mindestrente deutlich oberhalb der Grundsicherung soll vor allem Geringverdiener(innen), die lange gearbeitet haben, die Furcht vor einem sozialen Abstieg im Alter genommen werden“,* heißt es im Text. *„Auch die Streichung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten würde an dieser Stelle eine deutliche Verbesserung ermöglichen. Mittelfristig muss das Niveau der gesetzlichen Rente wieder auf mindestens 50% angehoben werden. Denn die Erwartungen an die Förderung der privaten Vorsorge, die einst das Absenken des Rentenniveaus begründet haben, sind bei Weitem nicht erfüllt worden. Bestehende Riesterverträge sollen Bestandsschutz erhalten, neue Verträge aber künftig nicht mehr mit Steuergeldern gefördert werden. Ein Ausbau der betrieblichen Altersversorgung ist sinnvoll, kann aber die gesetzliche Rente nur ergänzen, nicht ersetzen. Geplant ist deshalb, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung umzubauen. Dazu sollen schrittweise Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte einbezogen werden. Auch die Versorgungswerke sollen integriert werden. Finanzierungsmöglichkeiten für die geforderten Leistungsverbesserungen sind die Steuerfinanzierung sämtlicher versicherungsfremder Leistungen aus der gesetzlichen Rente sowie ein Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze.“*

Wenn wir nicht endlich verstehen was Teile der Bevölkerung in Deutschland bewegt und wir nicht versuchen aus der „Raumkapsel Berlin“ herauszuschauen, werden wir im Jahre 2017, nach der Bundestagswahl dasitzen und uns wundern. Wir müssen jetzt in die Offensive gehen!

Hannover, den 10.11.2016

Klaus Kaiser  
Vorsitzender der AG60plus  
Bezirk Hannover